

TOP 1

Anregung gemäß § 24 GO der Bürgerinitiative "Schullandschaft Hövelhof" vom 19.03.2014

Bürgermeister Berens ruft den Tagesordnungspunkt 1 unter Hinweis auf § 24 Gemeindeordnung und der Hauptsatzung auf. Er berichtet von seinem persönlichen Gespräch mit den Vertretern der Bürgerinitiative „Schullandschaft Hövelhof“ Frau Schalkowski und Herrn Farr. Die Sennegemeinde Hövelhof sei schon seit längerem in Gesprächen mit der Bezirksregierung Detmold. In OWL sei die Schullandschaft in Bewegung. Seit dem nordrhein-westfälischen Schulkonsens, zu dem auch die Aufgabe des bisherigen verfassungsrechtlichen Schutzes der Hauptschule gehört, sei es in den Nachbarkommunen Delbrück, Schloss Holte- Stukenbrock und Verl zu Veränderungen der bisherigen Schullandschaft gekommen.

Die näheren Beweggründe der Bürgerinitiative seien in der Presse ausführlich dargestellt worden. Die Bezirksregierung Detmold habe auf Nachfrage bestätigt, dass ein Gutachter bei der Größenordnung von Hövelhof nicht erforderlich sei. Die Bezirksregierung bietet ihre Unterstützung bei der Information der Eltern an. Deshalb schlägt er vor, nach den Sommerferien im Schützen- und Bürgerhaus für alle Eltern mit der Bezirksregierung eine Informationsveranstaltung durchzuführen. Die Bezirksregierung würde wertneutral die derzeit möglichen Schulformen und deren Unterschiede vorstellen.

Bürgermeister Berens berichtet weiter vom Gespräch mit der Bezirksregierung, in dem Schwierigkeiten bei der notwendigen Schülerzahl für die Errichtung einer von einigen Eltern gewünschten Gesamtschule geäußert worden sind. Die Untergrenze liegt bei 100 Schülerinnen und Schüler die über einen Zeitraum von fünf Jahren vorliegen müssen. Vor dem Hintergrund der derzeitigen Prognosedaten läge Hövelhof immer an dieser Grenze.

Er geht danach auf die Befragung der Eltern ein. Eine neue Schulform würde in Hövelhof das Aus für Haupt- und Realschule bedeuten. Deshalb solle man auch die Eltern dieser Schulen befragen. Zeitnah nach der Informationsveranstaltung solle dazu ein Stimmungsbild von allen Eltern der Hövelhofer Schulen eingeholt werden, das danach im Ausschuss für Schule und Jugend diskutiert wird. Soweit sich daraus ein Auftrag für eine Aktualisierung der Schulentwicklungsplanung durch die Verwaltung ergebe, könne eine konkrete Bedürfnisabfrage der Klassen 4 und 3 der Grundschulen, möglicherweise auch der Klassen 1 und 2 der Grundschulen erfolgen.

Er appelliert an alle, Ruhe und Gelassenheit einziehen zu lassen. Haupt- und Realschulen seien in diesem Jahr wieder zweizügig gesichert. Er möchte auf jeden Fall einen Schulstreit, Fronten und Unmut in der Eltern- und Lehrerschaft vermeiden. Sein Ziel sei es, die Schulentwicklung mit der Bürgerinitiative, den Eltern und den Lehrer gemeinsam zu betreiben. Darin sei er auch von der Bezirksregierung bestärkt worden, die ganz deutlich gemacht hat, dass das Schulthema kein Wahlkampfthema sei.

Bürgermeister Berens bekräftigt, er habe immer gesagt, dass wenn der Wunsch nach anderen Schulform erkennbar oder geäußert würde, die Eltern einbezogen würden. Dies wäre jetzt durch die Anregung gegeben. Er wisse jedoch auch von zahlreichen Hövelhofer Eltern, dass sie sehr zufrieden mit dem vorhandenen Schulsystem seien. Er wiederholt seinen Beschlussvorschlag, nach den Sommerferien eine Infoveranstaltung zusammen mit der Bezirksregierung durchzuführen und im Anschluss daran das Stimmungsbild der Eltern einzuholen.

Gemeinderat Schäfer erklärt, dass er sich über die Rede des Bürgermeisters freue. Er verweist darauf, dass die SPD Fraktion im September 2012 genau das jetzt in Rede

stehende beantragt habe. Er freut sich, dass durch die Bürgerinitiative ein Umdenken erreicht wurde. Die SPD-Fraktion werde den Bürgermeister bei seinem Vorschlag unterstützen, sie halte den Antrag der Bürgerinitiative jedoch für den weitergehenden Antrag. Es sei sinnvoll, die Elternumfrage auf die Eltern der Grundschulen und der Kindergärten zu erweitern und wissenschaftlich begleiten zu lassen. Er schlägt deshalb vor, zunächst über den Antrag der Bürgerinitiative abstimmen zu lassen um danach hilfsweise über den Vorschlag des Bürgermeisters abstimmen zu lassen.

Gemeinderat Neisens setzt sich mit § 24 der Gemeindeordnung auseinander, in der von Anregungen und Beschwerden gesprochen wird. Der Bürgermeister wolle der Anregung folgen. Insoweit könne er nicht verstehen, warum die SPD-Fraktion auf ihrer parteipolitischen Position beharrt, schon immer dieser Meinung gewesen zu sein. Die CDU Fraktion habe immer klargestellt, die Schülerzahlen im Blick zu haben. Insbesondere die Anmeldezahlen an der neuen Gesamtschule in Delbrück seien aber nicht zu leugnen und wären ein Signal. Er schließt sich der Aussage des Bürgermeisters an, dass die Schuldiskussion kein Wahlkampfthema sei. Die Eltern würden jedes Jahr entscheiden, welche Schulform gestärkt und welche geschwächt wird. „Wir glauben nicht, dass eine vermeintliche wissenschaftliche Begleitung zu einem anderen Ergebnis führen wird“, führt er aus, „denn letztlich wird auf Zahlen der Verwaltung zurückgegriffen.“ Er betont, dass in der Vergangenheit die Verwaltung von allen Seiten für die Qualität der von ihr erarbeiteten Schulentwicklungspläne gelobt worden ist. Ein Beratungsbüro könne das nicht besser. In Hövelhof läge eine überschaubare Situation vor. Komplizierte Schülerströme seien nicht zu prognostizieren. Aus diesem Grund traue er der Verwaltung eine Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung zu.

Gemeinderat Lindemann sieht eine große Schnittmenge zwischen den Positionen. Es stelle sich lediglich noch die Frage ob eine wissenschaftliche Begleitung erforderlich sei. Im Laufe des Verfahrens könne sich die Notwendigkeit ergeben, fachliche Unterstützung einzuholen. In diesem Fall könne der neu gewählte Rat bei Bedarf ein Beratungsbüro beauftragen. Ansonsten schließt sich Gemeinderat Lindemann dem Vorschlag des Bürgermeisters an.

Gemeinderat Schäfer hat keinen Zweifel an den Zahlen und Fakten, die die Verwaltung liefert. Er ist jedoch weiterhin der Meinung, dass ein Unternehmen bei den Interviews mit den Eltern besser formulieren könne.

Bürgermeister Berens verweist erneut auf die Bezirksregierung Detmold, die ihm erklärt hat, dass beauftragte Beratungsbüros im Regelfall den ihnen erteilten Auftrag umsetzen, eine bestimmte Schulform zu favorisieren. Viele Kommunen bedienen sich der Unternehmen, um unangenehme und kontrovers diskutierte Positionen zu vermitteln. Wenn das Stimmungsbild zu undifferenziert und nicht auswertbar sei, könne über die Beauftragung eines Unternehmens immer noch nachgedacht werden.

Gemeinderat Lappe berichtet von seinem Gespräch mit der Vorsitzenden der Bürgerinitiative „Schullandschaft Hövelhof“, Frau Schalkowski. Diese habe ihm erklärt, dass sie den Antrag der Bürgerinitiative so verabschiedet haben wolle, sie wäre jedoch mit dem vorgeschlagenen Konsens bzw. Kompromissvorschlag einverstanden. Aus seiner Sicht gebe es zwei Gründe für die Beauftragung eines Unternehmens: 1. wie transportiert man die Botschaft in die Bevölkerung und 2. man hätte einen komplexen Sachverhalt. Aus seiner Sicht sei die Situation in Hövelhof aber nicht komplex. Er verweist weiter auf die Schwierigkeiten, die die Stadt Paderborn bei der Errichtung der Sekundarschule an der Mastbruchschule gehabt hat. Aus seiner Sicht ist die Verwaltung in der Lage, die Schulentwicklungsplanung durchzuführen und der Termin nach den Sommerferien sei der richtige Zeitpunkt.

Bürgermeister Berens sagt zu, dass der Fragebogen mit allen Beteiligten abgestimmt wird.

Gemeinderat Lindemann stellt klar, dass er mit seinem Vorschlag das Verfahren nicht verzögern wolle.

Gemeinderat Schäfer wiederholt, dass aus seiner Sicht der Kompromissvorschlag in die richtige Richtung geht. Er erinnert jedoch an die von ihm geforderte Abstimmung über den Bürgerantrag bevor über den Kompromissvorschlag abgestimmt wird.

Aus Sicht von Gemeinderat Neisens ist es bedauerlich, dass der Antrag der SPD aufrechterhalten werden soll, obwohl ein Konsens angestrebt wird. Für ihn sei das Wahlkampf. Hövelhof habe mit zwei sehr starken Schulen ein Schulsystem, das funktioniert. Dies verschaffe die Zeit, um in aller Ruhe die Schullandschaft gemeinsam zu entwickeln. Man solle die Veränderungen beobachten und mit allen Bürgern gemeinsam diskutieren. Vielleicht lägen nach dem Sommer bereits erste Erkenntnisse darüber vor, wie es für die Kinder sei, die die Gesamtschule Delbrück mit ihren sieben Klassen besuchen. Er sieht im Moment keine Notwendigkeit, jetzt zu diskutieren. In einer Gemeinde der Größenordnung Hövelhofs müsse ein Schulstreit vermieden werden. Unter Verweis auf die Situation in der Stadt Delbrück berichtet er, wie in der Vergangenheit in Hövelhof ohne Ideologien, zum Beispiel bei der Umwandlung der Furlbachschule in eine Bekenntnisschule, gemeinsam agiert wurde. Er möchte mit der Elternversammlung den ersten Schritt gehen und sieht dabei die Bezirksregierung als viel besser geeignet an als ein beauftragtes Unternehmen. Nach der anschließenden Abfrage solle man die Erkenntnisse auf sich wirken lassen und dann ganz in Ruhe eine Entscheidung herbeiführen.

Gemeinderätin Rodehuth kann die Position der SPD nicht verstehen. Zum Schuljahresbeginn 2014/2015 werde sich nichts ändern.

Gemeinderat Berg widerspricht der SPD Fraktion bezüglich des aus ihrer Sicht weitergehenden Antrages. Er sieht den Vorschlag des Bürgermeisters als den weitergehenden an, denn es sollen danach auch die Eltern der Haupt- und Realschule befragt werden.

Bürgermeister Berens hält es für nicht zielführend, die Eltern der Kindergärten mit zu beteiligen. Bgm. Berens stellt anschließend den Vorschlag zur Abstimmung:

Einstimmiger Beschluss bei drei Enthaltungen

1. Nach den Sommerferien wird eine Informationsveranstaltung für alle Eltern der Hövelhofer Kinder unter Beteiligung der Bezirksregierung Detmold im Schützen und Bürgerhaus durchgeführt.
2. Im Anschluss erfolgt eine Abfrage des Stimmungsbilder unter den Eltern der Kinder im Grundschulalter und der Sekundarstufe I, die Schulen in Hövelhof besuchen, zur jetzt bestehenden und zukünftigen Schullandschaft

Anschließend stellte Bürgermeister Berens den Antrag der SPD-Fraktion zur Abstimmung, den abweichenden Anregungen der Bürgerinitiative zu entsprechen, wobei er insbesondere die Punkte „Externer Gutachter“ und Befragung der Eltern von „0 – 10“ nennt.

Der Antrag wird mehrheitlich bei drei Ja-Stimmen und einer Enthaltung abgelehnt.